

Sturmlauf gegen gute Regeln?

Dienstleistungsrichtlinie: Gewerkschaften demonstrieren

Von Andreas Kathe

Oldenburger Münsterland/Brüssel – Heute geht es hoch her in Berlin. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hat seine Mitglieder zur Demonstration gegen die von der Europäischen Union (EU) geplante Dienstleistungsrichtlinie aufgerufen. Unter dem Motto „Europa Ja. Sozialdumping nein“ wollen bis zu 30.000 DGBler auf die Straße gehen, unter ihnen rund 80 aus dem Oldenburger Münsterland.

Sie zielen auf ein Gesetzwerk, das das Europaparlament in der kommenden Woche in Straßburg in erster Lesung behandeln will. Die Richtlinie, die in ihrer ersten Fassung noch vom früheren EU-Kommissar Frits Bolkestein vorgelegt worden war, sah vor, dass Unternehmen innerhalb der Grenzen der EU der freie Zugang zum Dienstleistungsmarkt eröffnet wird und dass dabei die Rechtsvorschriften ihres Heimatlandes zu gelten haben (Herkunftslandprinzip).

Dagegen liefen die Gewerkschaften – und nicht nur sie – von Beginn an Sturm. Sie sahen den Schutz der Arbeitnehmerrechte und der Sozialen Standards gefährdet, wenn ausländische Unternehmen mit eigenen Arbeitnehmern nach den Regeln ihres Heimatlandes in Konkurrenz zu einheimischen Firmen treten. Die Forderungen des DGB: Weg mit dem Herkunftslandprinzip, es darf nur das Recht des Landes gelten, in dem die Leistungen erbracht werden (Zielland). Dienstleistungen für die Daseinsvorsorge wie Gesundheit, Bildung und soziale Dienste müssten raus aus der Richtlinie.



Inhaltlich gar nicht so weit voneinander entfernt: Manfred Klöpper (links) und Hans-Peter Mayer.

Genau das soll jetzt weitgehend passieren, sagt der CDU-Europaabgeordnete Professor Dr. Hans-Peter Mayer aus Vechta. Die Fraktionsspitzen der Europäischen Volkspartei (EVP; entspricht der CDU) und der Sozialdemokraten im Parlament wollen „eine gesunde Mischung von Herkunftslandprinzip und Ziellandprinzip“ anstreben.

Es würde bedeuten, dass das Herkunftslandprinzip nur noch gilt für die Zulässigkeit der Berufsausübung und den Marktzugang des Unternehmens. Für die Dienstleistungen selbst gelten die Regeln des Landes, in der sie erbracht werden, hier wird geprüft, ob auch Umweltrecht und Verbraucherschutz eingehalten wird. Mayer: „Außerdem wollen wir, dass Bereiche wie Gesundheit und audiovisuelle Dienste herausgenommen werden.“

Der Gewerkschaftskritik hält er auch entgegen, dass ein befürchtetes „Lohndumping“ – wenn osteuropäische Handwerker für die Hälfte des ortsüblichen Lohnes arbeiten wollen – gar nicht eintreten muss: „Hier gilt doch die Dienstleistungsrichtlinie nicht außer Kraft gesetzt wird. Sie erlaubt den Staa-

ten, das örtliche Arbeitsrecht für verbindlich zu erklären und Mindestlöhne festzusetzen.“

„Im Prinzip richtig“, sagt Manfred Klöpper, der DGB-Vorsitzende im Bezirk Oldenburg-Wilhelmshaven. In der Tat gebe es diese Verabredung, die viele erfüllt, was der DGB fordert: „Es sollen auch Dienstleistungen im Bildungsbereich und im öffentlichen Nahverkehr herausgenommen werden.“ Doch es handle sich zunächst nur um eine Absprache zwischen den größten Fraktionen im Parlament, wobei nicht sicher sei, dass auch alle EVP-Abgeordneten hinter der Entscheidung stünden.

Der DGB hält so am Protest in Berlin fest: „Es gibt in Deutschland die Angst vor dem Verlust des sozialen Schutzes, den wir jetzt haben.“ Der DGB sei nicht gegen Europa: „Bis es aber vergleichbare Sozial- und Lohnstandards gibt, müssen die jeweiligen nationalen Vorschriften gelten.“

Was die Gewerkschafter noch umtreibt, ist die Sorge, dass nach einem Beschluss im Europaparlament der Europäische Ministerrat als Mitgesetzgeber die in Straßburg verabschiedeten Regeln kippt. Zwar kann das Parlament dies in einer zweiten Lesung wieder ändern, doch ohne Zustimmung des Rates gibt es keine Richtlinie. Und das darf nicht sein. Mayer: „Wir brauchen auch in Deutschland die Öffnung der Märkte durch diese Richtlinie. Denn es wird in Zukunft für unsere heimischen Unternehmen viel davon abhängen, ob es ihnen gelingt, neue Absatzchancen für Produkte und Dienste in anderen Staaten und Regionen zu erschließen.“